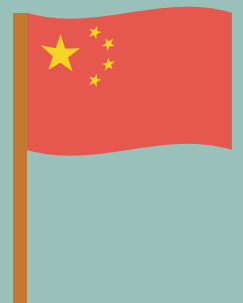
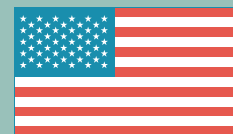


## Streit bei Zöllen und Chinas Expansion bei Rohstoffen als Weltrisiko



### 3 Zölle sind weiter die größte wirtschaftliche Herausforderung

Die Einigung im Zollstreit zwischen den USA und der EU ist umstritten

### 4 Was kann die neue Wirtschaftsinitiative leisten?

„Made for Germany“ – zahnloser Papiertiger oder echter Gamechanger?

#### TOP-THEMA

### 5 Edelmetalle vor dem nächsten Ausbruch dank USA und China

Nicht nur Gold und Silber halten durch den Zollkonflikt an ihren Höhenflügen fest

### 8 Deutschland und Europa unter Zugzwang in unsicheren Zeiten

Europas Perspektiven hängen am eigenen Willen zum Handeln im globalen Zollstreit



## EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

## Wirtschaft will mit Initiative die Krise überwinden

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Redewendung „Zwischen Bangen und Hoffen“ fasste den Stand der deutschen Wirtschaft zum Sommerbeginn treffend zusammen. Auf der einen Seite standen die Sorgen wegen des wieder schärferen Tons im Zollstreit seitens der USA. Statements des US-Präsidenten Donald Trump ließen nichts Gutes vermuten, weshalb Analysten vor einer Verschlechterung der Wirtschaftslage und steigenden Rohstoffpreisen warnten. Auf der anderen Seite steht die sogenannte Initiative „Made for Germany“. Mit Investitionen von mehr als 630 Milliarden € wollen rund 3 Dutzend Unternehmen aus unterschiedlichsten Branchen den Standort Deutschland zur alten Stärke zurückführen. Eines der Kernziele lautet: Der so wichtige deutsche Mittelstand soll einen Weg aus der jahrelangen Krise finden.

Mit besten Grüßen,  
Ihr

*Matthias Nemack*

Matthias Nemack,  
Chefredakteur

## INHALTSVERZEICHNIS

### NEWS ..... 3

- ☐ Zölle sind weiter die größte wirtschaftliche Herausforderung

### NEWS ..... 4

- ☐ „Made for Germany“ – Wendepunkt oder Wunschdenken?

### TOP-THEMA ..... 5

- ☐ Edelmetalle vor dem nächsten Ausbruch dank USA und China

### KURZMELDUNGEN ..... 8

- ☐ Deutschland und Europa unter Zugzwang in unsicheren Zeiten



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Am 01. Oktober 2025 von 10:00 bis 12:30 Uhr laden wir Sie herzlich zu unserem nächsten kostenlosen Online-Netzwerkevent ein.

Freuen Sie sich auf spannende Impulsvorträge zu aktuellen Außenwirtschaftsthemen und nehmen Sie direkt umsetzbare Tipps für Ihre Arbeit im Außenhandel mit.

Jetzt gratis anmelden unter: [link.zolex.de/connect](https://link.zolex.de/connect)



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter  
[www.zolex.de/arbeitshilfen](https://www.zolex.de/arbeitshilfen)

**IMPRESSUM** – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 7 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr bei der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: [redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de](mailto:redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de) • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstr. 39, 71272 Renningen • E-Mail: [kundenservice@vnr.de](mailto:kundenservice@vnr.de) • © 2025 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „Streit bei Zöllen und Chinas Expansion bei Rohstoffen als Weltrisiko“ liegt der Ausgabe 09/2025 von „Rohstoffeinkauf aktuell“ bei.

**NEWS**

# Wachsende Gefahr von Preiseskalationen durch den weltweiten Zollstreit

2025 bleibt ein bewegtes Jahr. Probleme, das sprichwörtliche Sommerloch zu füllen, haben Medienvertreter nicht. Vielmehr ist die thematische Vielfalt noch größer als in den letzten Jahren. Die Gefahr einer Verschärfung der Krisen im Nahen Osten und in der Ukraine, der Zollstreit und Herausforderungen wie anhaltende Rezessionsängste sind nur einige zentrale Punkte. Die globalen Aspekte gingen am Rohstoffmarkt nicht spurlos vorbei. Gerade die Androhung neuer Zölle aus den USA erhöhte den Druck auf Einzelwerte – einmal mehr sind es die Edelmetalle, die wichtige Weichen stellen könnten. Doch es gibt auch Hoffnung, wie die Gespräche zwischen den USA und der EU.

## Deutschland droht die Rückkehr zum Abschwung

Mit Blick auf die deutsche Wirtschaft gab es Mitte Juli eine ganze Reihe mahnender Stellungnahmen zum aktuellen Stand. Die Deutsche Bundesbank etwa gab zu Protokoll: Die Zollpläne Donald Trumps stellen ein massives Risiko für die Industrie in Deutschland dar. Die Warnungen fielen eindeutig aus. Das dritte Jahr in Folge könnte es kein Wachstum der heimischen Wirtschaft geben, was für sich genommen bereits ein einmaliges Szenario in der Geschichte der Bundesrepublik darstelle. Das Inkrafttreten der neuen Zölle in Höhe von 30 % auf EU-Importe in die USA hätte die „deutsche Krise“ ungleich verschärft.

Nach dem schwachen zweiten Quartal 2025 hätte das Abwärtsrisiko für die Konjunktur auf ein „beachtliches Niveau“ steigen können, hätten die USA ihre Drohungen wahrgemacht. Der Bundesbank-Monatsbericht im Juli verwies auf Gegenwind für die heimische Wirtschaft als Resultat einer noch strikteren US-Zollpolitik.

## Trotz Zoll-Einigung: Krise im deutschen Export könnte neue Sorgen heraufbeschwören

Den Export hätte die Kursverschärfung hart getroffen. Das schwache Wirtschaftswachstum von 0,4 % aus dem ersten Quartal ist aber dennoch bedroht. Unter anderem deshalb, weil das besagte Plus in erster Linie vorgezogenen Anpassungen der Exportlieferungen geschuldet gewesen sei. Eben diese Vorzieheffekte laufen den Berechnungen der Bundesbank nach und nach bis zur zweiten Jahreshälfte aus. Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den USA und Europa sahen führende Interessenverbände wie der Verband der Automobilindustrie nicht als den erhofften großen Wurf.

## Massive Marktreaktionen auf jede weitere Entscheidung Trumps

Wo genau die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft stehen, behandelt das erste Kapitel der vorliegenden Ausgabe. Deutlich wurde in den vergangenen Wochen wieder einmal, wie schnell sich ökonomische Einschätzungen durch bloße öffentliche Abwägungen verändern. Gemeint sind die diversen medienwirksamen

Gedankenspiele Donald Trumps, die in der nahen Vergangenheit immer wieder für beachtliche Bewegungen an den Börsen sorgten. Die Wirtschaftslage muss vorrangig im Kontext des Zollstreits bewertet werden. Erwähnung verdient dabei nicht nur der Umgang Europas mit der US-Politik. Der Blick über den europäischen Tellerrand ist ebenso spannend.

## China reagierte entspannter als Europa auf die harsche US-Zollpolitik

Chinas Regierung präsentierte sich vergleichsweise unaufgeregt hinsichtlich neuer Drohgebärden aus dem Weißen Haus. Tatsächlich trotz der chinesischen Wirtschaft dem Handelskonflikt, wie die Daten zum Außenhandel zeigten. Gleichwohl übte Peking Kritik an den jüngsten Zolldrohungen und warnte vor zunehmenden Eingriffen in die Märkte und einer „künstlichen Politisierung von Handelsfragen“. Zwar adressierte Chinas Vize-Ministerpräsident He Lifeng nicht direkt die USA. Wer mit dem Vorwurf der allzu ideologisierten Beeinflussung des Welthandels gemeint war, ist aber offenkundig.

## Nicht nur Edelmetalle sind bei Einkäufern und Spekulanten beliebt

Das Top-Thema ab Seite 5 sind die Trends auf den Rohstoffmärkten. Hier kommt der Volksrepublik wie so oft eine zentrale Bedeutung zu. Nicht allein wegen der traditionellen Führungsrolle als weltweiter Versorger und Verbraucher wichtiger Rohstoffe. Mit der Entdeckung eines riesigen Lithiumvorkommens in der Provinz Hunan kann und wird China in Zukunft seine Position stärken. Zu den großen Überraschungen am Markt gehörte das Industriemetall Kupfer, das durch den technologischen Wandel immer begehrter wird. Das „rote Metall“ verzeichnete durch die hohen US-Importe einerseits und die verhängten US-Einfuhrzölle andererseits einen imposanten Höhenflug. Faktisch profitiert China dank des Ausbaus seiner Förderraten von Trumps Zollkurs.

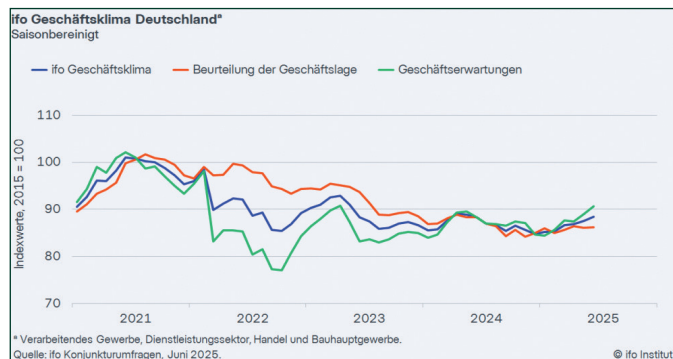
Ergänzt wird die Analyse zu Edel- und Industriemetallen durch einen kurzen Exkurs in den Energiesektor, der bekanntlich ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor für Unternehmen und Einkäufer ist.

## „Made for Germany“ soll zur ökonomischen Wende führen

Es steht schlecht um die deutsche Wirtschaft. Darüber konnte auch das erwähnte Wachstum von 0,4 % im ersten Quartal nicht hinwegtäuschen. Von einem Ende der Konjunkturflaute ist insgesamt wenig zu spüren. Nicht nur die Deutsche Bundesbank verwies im Juli auf die Folgen einer weiteren Eskalation im Zollstreit. Die Initiative „Made for Germany“ soll als Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik den erforderlichen Wandel bringen. Die geplanten Investitionssummen der beteiligten Unternehmen klingen vielversprechend. Kurzfristig wird das Vorhaben aber kaum Veränderungen bringen können. Der Zeitdruck ist größer denn je, so das Credo vieler Beobachter.

### Deutschlands Wirtschaft droht eine fortgesetzte Durststrecke

Ein drittes „Nullerjahr“ hintereinander ohne Wachstum wäre laut Bundesbank-Präsident Joachim Nagel ein äußerst kritisches Novum in der Geschichte. Aus diesem Grund drängte Nagel auf schnelle Verhandlungen zwischen den USA und Vertretern Europas. Nur so ließen sich die momentanen Unsicherheiten für die EU-Wirtschaft zufriedenstellend lösen. Wie Bundeskanzler Friedrich Merz betonte der Bundesbank-Chef aber, es dürfe keine Einigungen um jeden Preis geben. Fairness und „dauerhaft tragfähige Handelsbedingungen“ müssten im Fokus stehen. Wie faire Resultate aussehen können, bewerten die USA und die EU recht unterschiedlich, wie Ende Juli einmal mehr deutlich wurde.



Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hellte sich weiter auf (Quelle: Ifo-Institut).

Die nochmalige Besserung der Stimmung innerhalb der heimischen Industrie im Juni war ein durchaus günstiges Signal. Sie stand gleichzeitig im Gegensatz zur Konjunkturentwicklung. Zumal die Bundesbank-Experten die Hoffnung auf die milliardenschwere Investitions-Initiative als Grund für den Anstieg des Ifo-Geschäftsklimaindex im Juni auf 88,4 Punkte sahen. Insofern dürfe die Aussagekraft des Stimmungsbarometers nicht überbewertet werden. Eben weil, wie eingangs angesprochen, die eigentlichen Effekte der Initiative „Made for Germany“ erst mit einiger Verzögerung erkennbar werden würden.

Mit Blick auf einen echten Wachstumsschub müsse sich die Industrie in Geduld üben. Vorerst gibt sich die Bundesbank pessimistisch. Eine Stagnation der Wirtschaft könnte angesichts der ersten 6 Monate 2025 sogar zur bestmöglichen Entwicklung werden.

### Entwicklung in der ersten Jahreshälfte ist kein Wachstumsgarant

Sowohl die Industrieproduktion als auch der Dienstleistungssektor konnten bis zur Jahresmitte leicht von Vorzieheffekten im Bereich der Exporte profitieren. Diese wiederum hätten sich aus der Erwartung der anstehenden US-Zölle ergeben. Viele Unternehmen hätten Bestellungen früher als geplant getätigt. Die private Konsumbereitschaft schwächele weiterhin, sodass positive Impulse ausgeblieben seien. Das wichtige Baugewerbe gehe inzwischen eher von Negativeffekten auf die Auftragslage aus – in einer Phase des Jahres, in der sonst am ehesten mit einem Plus zu rechnen ist. Der Terminus des „Damoklesschwertes“ taucht zu Recht bei vielen Analysten zum Stand der deutschen Exportwirtschaft auf.

Die vorzeitige Einigung im Zollstreit brachte zumindest politisch eine gewisse Ruhe. Das grundlegende konjunkturelle Abwärtsrisiko für die extrem exportorientierte deutsche Wirtschaft ist jedoch nicht aus der Welt geschafft. Viele Beobachter kritisierten, die EU habe sich auf einen Kompromiss um jeden Preis eingelassen; besagten Preis würde in erster Linie die europäische Wirtschaft zahlen, während die USA insbesondere am umkämpften Automobilmarkt klarer Gewinner der Gespräche gewesen seien.

### Kein globaler Wohlstand ohne dauerhafte Konfliktlösung im Zollstreit

Deutliche Worte fand in diesem Zusammenhang Christian Kullmann, Vorstandsvorsitzender der Evonik Industries und damit die Nr. 2 unter Deutschlands Chemieproduzenten. Für Kullmann steht fest: Deutschland muss sich auf eine „neue Epoche“ einstellen. Das „globale Fundament für Wohlstand in Deutschland“ stehe an einem Wendepunkt, auf den sich Unternehmen vorbereiten sollten. Auch dem Evonik-Chef ging in es bei seiner Warnung vor der weltweiten Wirtschaftsflaute vor allem um die unberechenbare Politik der USA. Dass Trump künftig auf Zolldrohungen verzichten wird, können sich viele Experten nicht vorstellen, da solche Sanktionen doch das stärkste Instrument des US-Präsidenten zur Durchsetzung seiner Pläne und nicht minder zur Finanzierung seiner zahlreichen kostspieligen Versprechen aus dem Wahlkampf sind.

## TOP-THEMA

# Edelmetalle legen weiter zu – Kupfer als neuer Überflieger

Ein kritischer Faktor für die globalen Rohstoffmärkte ist der US-Dollar. Die internationale Leitwährung geriet seit Amtsantritt Donald Trumps wiederholt ins Straucheln. Seit den ersten Ankündigungen von Strafzöllen nahm der Druck zu. Nutznießer des Trends war unter anderem der Euro. Wegen fehlender Neuaufträge und schwacher Aussichten für den Jahresverlauf mussten viele Unternehmen Chancen auf dem Markt ungenutzt verstreichen lassen. Krisenbedingt hat der Trend im Bereich der Edelmetalle Bestand, was nicht zuletzt dem Interesse vieler Anleger geschuldet ist. Industriewerte – im Speziellen Kupfer – geraten durch den sehr harten Zollkurs Trumps auch ins Visier von Spekulanten.



## Kupferzölle schaden Einkäufern und nutzen Minenbetreibern

Kupfer nahm zum Beginn des dritten Quartals eine gewisse Sonderstellung auf dem Markt ein. Zeitweise kletterte der Preis pro Pfund an der wichtigen New Yorker Börse COMEX auf einen Stand von 5,6 US-Dollar zum Ende der zweiten Juliwoche. Vorausgegangen war der Versand weiterer Zollbriefe durch den US-Präsidenten. Auf der allgemeinen Zollliste stehen Staaten mit drohenden Höchstzöllen wie Brasilien (50 %), Myanmar und Laos (40 %) oder Thailand (36 %). Die genannten Staaten kündigten an, geeignete Gegenmaßnahmen in Angriff nehmen zu wollen. Von größerer Bedeutung mit Bezug zu Kupfer war aber in diesem Rahmen die Überlegung der USA, länderunabhängige Zölle von 50 % auf Kupfer zum August festlegen zu wollen. Trumps O-Ton auf seiner Plattform Truth Social fiel unmissverständlich aus. Die USA würden daran arbeiten, wieder eine „dominante“ Kupferindustrie zu schaffen.



Kupfer durchlief Korrekturen, notiert aber auf hohem Niveau (Quelle: finanzen.net).

## Kein US-Wachstum bei Energie und KI ohne Kupfer

Der Kupferpreis gab nach einem Anstieg über 8.500 € im Mai und Juni nach. Im Zeitraum von 3 Jahren hingegen wird die Stärke des Kurses offensichtlich. Profiteur der Trump'schen Äußerungen waren die Aktienkurse führender Minenbetreiber wie Rio Tinto und Anglo American. Von der Zollpolitik bei Kupfer sind im Übrigen Japan und China betroffen. Die Volksrepublik belegt seit Langem Platz 1 als eine Art Weltversorger. Japan fördert zwar im internationalen Vergleich überschaubare Kupfermengen, spielt jedoch eine Hauptrolle bei der Verhüttung und Raffination von Kupfer-Vorzeugnissen. Im Nachgang der Drohungen konnten sich Anbieter von Kupfer-Futures und Eisenerz im Derivatsektor über höhere Marktpreise freuen. Schaden könnte die Umsetzung hoher Kupferzölle nach Aussagen von Branchenkennern auch der US-Industrie und den US-Verbrauchern. Warum? Die dauerhafte Einführung von Rekordzöllen auf Kupfer könnte, so der Deutsche Bank-Anlagestrategie Ulrich Stephan, US-Unternehmen zur Einlagerung großer Kupfermengen veranlassen. Die heimische Produktion könne den Bedarf nicht decken.

Zumal: Die US-Nachfrage steigt durch den Boom in Bereichen wie der Energieversorgung dramatisch. Ganz zu schweigen vom massiven Ausbau in allen US-amerikanischen Sparten Künstlicher Intelligenz, für die riesige Mengen Kupfer neben anderen Rohstoffen unverzichtbar sind.

## Gold zwischen Industriebedarf und Anlageobjekt erster Güte

Als eine Art Dauerbrenner kann sich fortgesetzt Gold etablieren. Aus naheliegenden Gründen. Schließlich stößt das Edelmetall traditionell ebenso bei Anlegern wie innerhalb der Industrie auf Zuspruch. Wie andere Rohstoffe hat Gold in den letzten Mona-



ten einige Schwankungen durchlebt. Nachdem der Kurs von April bis Anfang Mai immer wieder Ausbrüche auf Rekordniveau durchlebte, folge Ende Juni eine Bereinigung unter die Marke von 2.800 €. Dass dieser Verlauf nicht von Dauer sein würde, war naheliegend. Zu groß ist der Bedarf in unterschiedlichen Bereichen der Industrie. Zum Redaktionsschluss näherte sich der Goldpreis je Feinunze dank jüngster Aufschläge weiter seinem bisherigen Hoch aus dem April an.



Trotz Schwächephase hält Gold an seiner Rekordjagd fest (Quelle: finanzen.net).

## Handelskonflikte fördern die generelle Nachfrage nach Gold

Triebfeder der leichten Aufwärtsbewegung im Juli war die Angst vor einer erneuten Eskalation des Zollstreits zwischen den USA und der EU. Aufgrund der eher skeptischen Reaktionen der Industrie auf die Vereinbarungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten dürfte der Preisdruck größtenteils erhalten bleiben. Für Investoren stellt Gold einen Rettungsanker in Zeiten dar, in denen andere Investments eher geringe Aussichten auf Gewinne versprechen. Nach Meldungen über die Zolleinigung gab der Kurs zwar nach, orientierte sich aber schneller wieder nach oben.

Thema sind in diesem Fall außerdem die Maßnahmen oder – je nach Position – das Fehlen von Maßnahmen seitens der US-Notenbank Federal Reserve. Während der US-Präsident gebetsmühlenartig eine Senkung der US-Leitzinsen fordert, reagierte FED-Chef Jerome Powell auf die Einschüchterungsversuche Trumps weiter gelassen. Wegen der derzeit ergebnisoffenen Entwicklung des Schlagabtauschs über die Zinsen wächst die Nachfrage nach Gold.

## Nicht nur Gold erfreut sich eines größeren Interesses auf dem Markt

Von Gold abgesehen, mausert sich Silber umso mehr zu einem guten Investment für Anleger, was für Einkäufer im selben Moment zu einem preislichen Problem zu werden droht. Wo der Kurs in einigen Jahren stehen könnte, vermag kein Analyst zu beurteilen. Die aktuelle Marktnknappheit beförderte den Preis des Edelmetalls aber auf den höchsten Stand seit 14 Jahren. In den letzten 3 Monaten allein konnte der Kurs um mehr als 15 %

zulegen. In den 4 Wochen bis zum Stichtag 21.07.2025 betrug das Plus gut 5 %. Inmitten der problematischen Debatten über Zölle hat Silber das Potenzial für stete Anstiege auf über 30 €. Im Zeitfenster von 12 Monaten lag der Kurs um mehr als 22 % in der Gewinnzone.



Silber entwickelt sich immer häufiger zum Traum jedes Anlegers (Quelle: finanzen.net).

## Kann Silber Gold nachhaltig den Spitzenplatz streitig machen?

Es könnte nicht das letzte Allzeithoch sein. Sollte Trump kurzentschlossen auf einen härteren Kurs zurückkehren, ist der Weg zum nächsten Ausbruch geebnet. Anders formuliert: Während Silber für rein auf Rendite bedachte Marktteilnehmer spannende Gelegenheiten bietet, entwickelt sich der Rohstoff für die Industrie zu einer schwerwiegenden Preisbelastung. Physische Engpässe stellen hierbei in Verbindung mit maximalen strukturellen Leihkosten an den Märkten ein Problem dar. Und es könnte schon bald die nächste Rallye bevorstehen.

## Ökologie vs. Expansion beim Thema Lithium in Asien

Die allgemein erwartbare Steigerung des internationalen Lithium-Verbrauchs muss an dieser Stelle nicht weiter thematisiert werden. Aussagekräftiger ist, dass schon jetzt mehr als 70 % der weltweiten Raffineriekapazitäten auf das Konto Chinas gehen. Die neuesten Funde könnten die Marktposition der Volksrepublik in ungeahnter Weise verbessern. Politisch ist die Entdeckung der Bodenschätze ausgesprochen kritisch. Denn ein Großteil der neu entdeckten Ressourcen befindet sich auf dem Boden Tibets. Erst kürzlich hatte China mit dem Bau der weltgrößten Wasserkraftanlage in der Region begonnen und damit für Schlagzeilen gesorgt. Offensichtlich nicht allein deshalb, weil Peking wie so oft die Interessen und Wünsche der Menschen vor Ort ignoriert.

## Umgang mit Kritik am Staudammprojekt als Blaupause für die Lithium-Förderung

Mindestens ebenso wichtig wie die Menschenrechtslage in Tibet sind für Kritiker die Umweltrisiken, die mit einem Abbau der unerschlossenen Bestände verbunden wären. Diese sind in den

meisten Fällen weitreichend. Was China als zukunftssträchtiges „grünes Konzept“ im Sinne der dringend nötigen Energiewende bezeichnet, stellt für andere Länder der Region wie Indien und Bangladesch eine unkalkulierbare Bedrohung für die Biodiversität über die nahegelegene tibetische Stadt Nyingchi hinaus dar. So könnte das strittige Großprojekt katastrophale Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Der Stausee könnte beispielsweise brechen und im Ernstfall riesige Flächen überfluten. Die genannten Nachbarländer warnen davor, dass China die Anlage außerdem in Zukunft als politisches Druckmittel nutzen könnte. Möglich wäre dies durch die Beeinflussung des Flussverlaufs, um gezielt Überschwemmungen auszulösen.

## Warnende Worte aus Nachbarstaaten verhallen in China ungehört

Aus indischer Sicht ist der Bau zudem ein Dilemma, da das Land seit einiger Zeit für sich an Wasserkraftprojekten in Arunachal Pradesh arbeitet. Ziel ist eine Reduzierung des Versorgungsrisikos und größere Kontrolle über die regionalen Wasserressourcen. Für China wiederum gehört Arunachal Pradesh ohnehin zum eigenen Hoheitsgebiet, sodass ein Streit mit Indien vorprogrammiert ist. Menschenrechts- und Umweltschutzverbände äußern sich besorgt wegen teilweiser Umsiedlungen der tibetischen Bevölkerung. Solche Maßnahmen könnten das Ökosystem des Himalajas empfindlich beeinflussen. Chinas Regierung verweist auf wissenschaftliche Untersuchungen, denen zufolge es flussabwärts keinerlei negative Auswirkungen auf die Ökosysteme durch das Projekt gebe.

## Aktueller Lithium-Fund wird die chinesische Marktdominanz stützen

Beim Thema Lithium verhält sich die Lage sehr ähnlich. Auch hier sind es Menschenrechte und ökologische Sorgen, die Mahner auf den Plan rufen. Angesichts der von Geologen auf gut 490 Millionen Tonnen Lithiumerz bezifferten Entdeckung in Hunan dürfte China wenig auf die Warnungen aus dem Ausland geben. Das Volumen soll etwa 1,31 Millionen Tonnen Lithiumoxid entsprechen. Mit diesen zusätzlichen Kapazitäten könnte die Volksrepublik das Gleichgewicht im globalen Rohstoffhandel drastisch beeinflussen und seine Marktposition auf ein neues Level heben.



Der Lithiumpreis stieg in 4 Wochen zum Redaktionsschluss um rund 10.000 US-Dollar (Quelle: tradingeconomics.com).



## EU-RECYCLINGPROGRAMME UND -PRODUKTION SIND WICHTIGER DENN JE

Die Entwicklung in China zeigt, warum heimische Aktivitäten zur Aufbereitung und Förderung eigener Rohstoffe unverzichtbar sind. Europa muss mehr investieren, um die Abhängigkeit von China schneller abzubauen. Ressourcen gibt es diesbezüglich innerhalb der EU. Der Gemeinschaft muss es gelingen, einen kollektiven Weg zu finden, diese vollumfänglich zu erschließen. Noch immer steht sich die Europäische Union mit ihren hohen bürokratischen Hürden selbst im Weg. Dazu gehören auch Probleme bei der Energieversorgung.

## An China wird bei Lithium endgültig kein Weg vorbeiführen

So wesentlich die Erschließung der neuen Lithium-Mengen wäre: Das zuständige chinesische Ministerium teilte mit, das Gestein biete zudem die Möglichkeit zur Förderung größerer Ressourcen von Wolfram, Zinn und Rubidium. Dank moderner Explorationstechnologien könnten auch diese nun erschlossen werden. Der tibetische Gesteinsgürtel enthält laut Schätzungen allein bis zu 30 Millionen Tonnen des wertvollen Rohstoffs. China deckt bei Lithium bereits über 70 % des sich stetig vervielfachenden Weltbedarfs ab. Der Zeitpunkt der Neuentdeckung könnte kein „besserer“ sein. Die internationale Nachfrage nach dem Hauptpreistreiber Elektromobilität dürfte nach Aussagen der Deutschen Rohstoffagentur bis 2030 um den Faktor 4 bis 8 steigen. Die Bezeichnung als „Öl des 21. Jahrhunderts“ hat sich das Alkalimetall somit redlich verdient, nicht nur bei der abschließenden Produktion von Fahrzeugen, sondern auch für die weltweiten Lieferketten.



## DER SCHMALE GRAT BEI DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN ZU CHINA

Jede Krise bietet Chancen – so jedenfalls sagt es der Volksmund. Diese Gelegenheiten muss Europa nicht nur erkennen, sondern im Zusammenschluss als gemeinsame Stärke auch begreifen. Auf nationaler Ebene gibt es vielerorts Projekte, um die Wiederverwertung von Rohstoffen sicherzustellen. Noch fehlt es Europa wegen unterschiedlicher Interessen jedoch an Konzepten, um aus den Fähigkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten im Verbund Profit zu ziehen. Hier braucht es endlich Geschlossenheit, die eine generelle Stärkung des Standorts Europa möglich macht.

# Deutschland und Europa müssen endlich unabhängiger werden

Wenn der US-amerikanische Protektionismus und der Aufschwung Chinas etwas verdeutlichen, dann das Erfordernis, dass Europa sich endlich auf gemeinsame Werte und Ziele einigt. Gute Ansätze gibt es ohne Frage. Klar ist im selben Maße, dass andere Volkswirtschaften wie China und die USA unter der Führung des Präsidenten Donald Trump den Begriff der Demokratie merklich entspannter als die EU bewerten. Es geht nicht darum, Regeln zur Mitbestimmung über Gebühr aufzuweichen. Dass politische und wirtschaftliche Entscheidungen in Peking und Washington ungleich einfacher und rascher gefällt werden, sollte die EU-Kommission dennoch zum Nachdenken bewegen. Nach wie vor nehmen Verfahren zu viel Zeit in Anspruch. Zeit, die viel Geld kostet und die Gemeinschaft regelmäßig in neue Abhängigkeiten bringt.

## Es könnte schlechter um die deutsche Wirtschaft stehen

Deutschlands Wirtschaft schien sich zum dritten Quartal an einer Art Scheideweg zu befinden. Das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) hob seine Vorhersage für das Jahr 2026 im Juni immerhin auf 1,6 % an. Konjunkturchef Stefan Kooths verwies auf wichtige Frühindikatoren, die eine vorsichtige Trendwende nach 2 Jahren Talfahrt nahelegen würden. Die vorläufige Ruhe sollte aber nicht überbewertet werden. Eine bessere Prognose formulierte Ende Juni das Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Der Index stieg auf 94,2 Punkte und damit auf ein 2-Jahres-Hoch. Die deutsche Wirtschaft könnte sich leicht aufhellen, wie DIW-Ökonomin Geraldine Dany-Knedlik betonte.

Den letzten, deutlichen Rückgang des Barometers im April erklärte das DIW mit der Androhung erneuter Zollmaßnahmen aus den USA. 2026 könnte das Bruttoinlandsprodukt um 1,5 % zulegen. Für das laufende Jahr erwarten die Analysten einen Anstieg um 0,3 %.

## Der Handelsstreit ist ausschlaggebend für Europas Wachstum

Die zentrale Herausforderung wird dennoch die US-Handelspolitik bleiben. Die Erwartung, dass die Wirtschaft mit dem Abschluss des Winterhalbjahrs ihren Tiefpunkt hinter sich gelassen hat, beruhte auf der Hoffnung auf eine Einigung im Zollstreit, wie es Timo Wollmershäuser vom renommierten ifo-Institut formulierte. Diese Einigung gibt es nun. Für wie lange, muss sich zeigen.

## Wünschenswertes Engagement der deutschen Wirtschaft muss erst Wirkung zeigen

Die mehrfach thematisierte Initiative „Made for Germany“ veranlasst Analysten ebenso zu einem besseren Ausblick auf die Wirtschaftsentwicklung. Entscheidend ist: Der Großen Koalition muss der Abschied vom politischen Stagnationskurs gelingen. Das Handelsabkommen soll ein Baustein für das erhoffte Wachstum sein. Die Krux ist nochmals die Frage, inwieweit Entscheidungen des US-Präsidenten als sicher angesehen werden können.

## Wie weit kann Brüssel die Geschicke selbstbestimmt lenken?

Hoffnungsvoll fielen die Aussagen des IfW zur binnenwirtschaftlichen Entwicklung aus. Der Privatkonsum steige, ergänzt um die Investitionsbereitschaft vieler Firmen, auch über die genannte Initiative großer Konzerne hinaus. Im selben Atemzug attestierte IfW-Experte Kooths eine eher verhaltene privatwirtschaftliche Dynamik. So gering der wahrscheinliche Aufschwung ausfallen könnte, so wichtig wäre er für die angeschlagene deutsche Industrie. Hinweise auf eine ökonomische Besserung sah auch das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

## Das Thema Zusammenhalt ist für die EU ein Knackpunkt

Nichtsdestotrotz bewegt sich Europa in einem schwierigen Umfeld. Nicht nur, da sich andere EU-Staaten wie Österreich sehr wohl auf einem Schrumpfungskurs befinden, wie die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) berichtet. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb sich Europa auf gemeinsame Stärken besinnen muss. Nur geschlossen kann das Bündnis dem Hardliner-Kurs der Vereinigten Staaten und Chinas angemessen begegnen. Noch mehr ist die Union gefragt, interne Debatten und Widersprüche aus der Welt zu schaffen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

## Mit Trump geht es nicht, ohne Trump aber ebenso wenig

Es braucht Handelspartnerschaften im von unterschiedlichen Bedürfnissen geprägten Europa. Um sich den internationalen Rohstoffriesen gegenüber behaupten zu können, ist das gemeinschaftliche Auftreten elementar. Allzu oft scheint die EU zu vergessen, wie bedeutend sie für die USA und China tatsächlich ist. Im Unterschied zu Europa – das natürlich seinerseits die eigenen Vorteile vor Augen hat – geht es dem US-Präsidenten scheinbar einzig und allein um seinen „guten Ruf“.

Dessen Ansehen hat in Umfragen seit Monaten spürbar gelitten, weshalb ein langfristiges Einlenken im Zollstreit eher unwahrscheinlich scheint. Sogar dann, wenn der wirtschaftspolitische Kurs der US-Regierung immer mehr zulasten der Bevölkerung geht.